**ZI. XXX**

**Hier steht der Bezug**

B e s c h e i d

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde XXX vom XXX, Zl. XXX, wurde Ihnen die Baubewilligung XXX im Anwesen XXX erteilt. Da trotz bescheidgemäßer Ausführung des Bauvorhabens eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen besteht, ist die Vorschreibung zusätzlicher Auflagen erforderlich.

**Spruch**

Der Bürgermeister der Gemeinde xxx als Baubehörde gemäß § 62 Tiroler Bauordnung 2018 – TBO 2018, LGBl. Nr. 57/2018, i. d. g. F., entscheidet wie folgt:

Gemäß § 34 Abs. 10 Tiroler Bauordnung 2018 wird/werden Ihnen folgende zusätzliche/n Auflage/n vorgeschrieben:

1.xxx (müssen bestimmt und dürfen nicht projektändernd sein!!!!)

# Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen ab Erlassung des Bescheides beim Gemeindeamt ………………… schriftlich, nach Maßgabe der bei der Gemeinde vorhandenen technischen Möglichkeiten auch telegrafisch, fernschriftlich, mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise einzubringen und hat Angaben zu enthalten, die eine Beurteilung ihrer Rechtzeitigkeit möglich machen. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.

*Hinweis zur Gebührenpflicht:*

*Die Beschwerde ist mit € 30,— zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes (Geschäftszahl des Bescheides) auf das Konto des Finanzamtes Österreich – Dienststelle Sonderzuständigkeiten bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung mittels „Finanzamtszahlung“ ist als Empfänger das Finanzamt Österreich – Dienststelle Sonderzuständigkeiten auszuwählen, die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart EEE-Beschwerdegebühr, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen.*

*Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer:*

*Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.*

Begründung

Ergibt sich nach der Erteilung der Baubewilligung, dass trotz bescheidgemäßer Ausführung des Bauvorhabens eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen besteht so hat die Behörde gemäß § 34 Abs. 10 Tiroler Bauordnung 2018 – TBO 2018 dem Inhaber der Baubewilligung mit schriftlichem Bescheid

1. andere oder zusätzliche Auflagen im Sinne des Abs. 7 vorzuschreiben oder
2. in den Fällen des § 3 Abs. 2 erster Satz oder 3 gegebenenfalls auch die Vorlage eines Sicherheitskonzeptes oder die Änderung eines bestehenden Sicherheitskonzeptes aufzutragen.

Diese Maßnahmen sind nur insoweit zulässig, als der mit den Auflagen bzw. dem Sicherheitskonzept oder seiner Änderung verbundene Aufwand in einem vertretbaren Verhältnis zum erzielbaren Erfolg steht.

**Die Behörde hat erwogen wie folgt:**

Aus der Stellungnahme XXX geht hervor, dass xxxxxx

Der mit der Vorschreibung der gegenständlichen Auflagen verbundene Aufwand steht in einem vertretbaren Verhältnis zum erzielbaren Erfolg.

XXX (Interessensabwägung!!!)

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Der Bürgermeister:

XXX
(Name)

Ergeht an:

1. den Inhaber der Baubewilligung (bzw. dem neuen Eigentümer, der auch „neuer“ Inhaber der Baubewilligung ist)